



Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 7. Mai 2017 in Schleswig-Holstein

Wir treten für den Schutz von **Ehe und Familie** ein, wie es die Verfassungsväter und –mütter der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeslandes Saarland gedacht haben, wonach die Ehe ein Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau ist, den beide in freier Entscheidung eingehen, um eine Familie zu gründen und ihre Kinder aufzuziehen.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			Dem ist nichts hinzuzufügen!
CDU*			x	Aus dem Wahlprogramm: "Wir werden uns gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung sowie für die rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der zivilen Ehe einsetzen."
FDP*		x		Die FDP Schleswig-Holstein schützt Ehe und Familie genauso, wie wir auch alle anderen Formen von Verantwortungsgemeinschaften schützen, insbesondere wenn in ihnen Kinder aufgezogen werden. Wir setzen uns für gesellschaftliche Normalität ein. Alle Bürger sollen die gleichen Rechte haben; niemand soll sich als Mensch zweiter Klasse fühlen. Die FDP hat sich mehrfach für die vollständige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe in allen Lebensbereichen im Schleswig-Holsteinischen Landtag eingesetzt.
Grüne*		x		Aus dem Wahlprogramm: "Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien."
SPD			x	Wir stehen zum Schutz von Ehe und Familie. Allerdings haben sich Familienformen verändert. Wir wollen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

CDU* Hat den Fragebogen nicht beantwortet und statt dessen eine schriftliche Antwort gegeben, aus der wir die Zuordnung der Antwortmöglichkeiten abgeleitet haben.

FDP* Hat den Fragebogen nicht beantwortet und statt dessen eine schriftliche Antwort gegeben, aus der wir die Zuordnung der Antwortmöglichkeiten abgeleitet haben.

Grüne* Haben den Fragebogen nicht beantwortet und statt dessen auf ihr Wahlprogramm (S. 33ff und 44ff.) verwiesen, aus dem wir die Zuordnung der Antwortmöglichkeiten abgeleitet haben.

Jedes Kind hat von Natur aus das Recht, eine **Mutter und einen Vater** zu haben und von ihnen beschützt, erzogen und umsorgt zu werden – auch wenn dies aufgrund von Schicksalsschlägen (Tod oder Trennung) manchmal nicht erfüllbar ist (siehe UN-Kinderrechtskonvention). Dieses Recht auf Mutter und Vater muss auch im Fall einer Adoption geachtet werden.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			Es kann für niemanden ein "Recht auf Adoption" geben, das Wohl des Kindes hat bei allen Entscheidungen ausschlaggebend zu sein.
CDU			x	Aus dem Wahlprogramm: "Wir werden uns gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung sowie für die rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der zivilen Ehe einsetzen."
FDP		x		Auch weitere Ungleichbehandlungen, wie z.B. im Adoptionsrecht oder Diskriminierungen, wie bei der Blutspende, gilt es zu beseitigen (siehe Drs. 18/581, Drs. 18/3076 u. Drs. 18/4194 (neu)). Unsere grundsätzliche Haltung ist es, dass wir nicht erklären müssen, warum alle Menschen die gleichen Rechte haben, sondern diejenigen, die anderen Rechte verweigern, müssen erklären, warum sie diese Rechte verweigern wollen.
Grüne				
SPD			x	Wir wollen auch gleiche Rechte für Regenbogenfamilien. Für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.

Wir lehnen im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Parlamentes vom Dezember 2015 die Legalisierung von **Leihmutterschaft** ab. Die Praxis der Leihmutterschaft degradiert Frauen zu bloßen Gebärapparaten und macht Kinder zu Vertragsobjekten.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			Eine Leihmutterschaft ist zudem überflüssig, da viele Kinder noch auf eine Adoption warten.
CDU				
FDP				
Grüne				
SPD	x			

Das natürliche **Recht der Eltern** und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht ihre Kinder zu erziehen (GG 6,2), darf auch in Schulen und Kitas – insbesondere in **Erziehungsfragen** zur Sexualität – nicht unterlaufen und missachtet werden.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			Eltern sind vielmehr darauf aufmerksam zu machen, dass ihnen diese Pflicht / dieses Recht obliegt.
CDU			x	Die junge Generation braucht für die eigene sexuelle Orientierung sowohl das Bild der Familie aus Mutter, Vater und Kind als auch die ungezwungene Darstellung der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Die Schule ist hierfür - neben der originären Verantwortung der Eltern - ein guter Mittler von Wissen und Ausprägung um die sexuelle Vielfalt.
FDP			x	Die FDP setzt sich für eine altersangemessene Aufklärung in den Schulen ein, so wie sie in den Lehrplänen des Landes Schleswig-Holstein verankert ist. Es gilt zudem die Schulpflicht. Weder ist sich dem Sexualkundeunterricht, noch dem Schwimmunterricht oder sonst einem Unterrichtsfach zu entziehen.
Grüne				
SPD		x		Schulen und Kitas haben ebenfalls Erziehungs- und Bildungsauftrag.

Wir lehnen – insbesondere in Kitas und Schulen – Maßnahmen des **Gender Mainstreaming** ab, die statt die Gleichberechtigung der Geschlechter sicherzustellen, einer Verwirrung der Geschlechtsidentität Vorschub leisten.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			Die AfD lehnt die Maßnahmen des GM ab, weil sie nicht wissenschaftlich, sondern ideologisch fundiert sind.
CDU			x	Aus dem Wahlprogramm: "Wir werden (...) überzogenen Genderanforderungen eine Absage erteilen und diese beenden. Es werden keine finanziellen Mittel für die Anpassung und Verwendung von Gendersprache bereitgestellt."
FDP				
Grüne		x		Aus dem Wahlprogramm: "Wir wollen existierende Programme in der Lehrer*innenausbildung und -fortbildung, sowie Organisationen, die sich mit frühkindlicher Bildung in den MINT-Fächern schon ab der Kita beschäftigen, weiter betreiben und ausbauen. Unser Ziel ist es, dass mehr junge Frauen sich in den MINT-Bereich trauen und mehr junge Männer soziale Berufe wagen."
SPD		x		Wir glauben, dass die Maßnahmen für die Gleichstellung sinnvoll sind.

Immer mehr Schulen arbeiten bei der Sexualerziehung unter dem Stichwort **„Queere Bildung“** mit externen LSBT...-Gruppen zusammen, die Workshops zu „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ geben. Ein aktuelles [Rechtsgutachten](#) von Prof. Dr. Christian Winterhoff bewertet diese Art von Unterricht als

eindeutig verfassungswidrig. Wir treten dafür ein, daß Lobbygruppen der „Sexuellen Vielfalt“ als externe Partner bei der Schulaufklärung nicht zugelassen werden.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			Aufklärungs- bzw. Sexualkundeunterricht sollen in erster Linie durch Biologie und / oder Klassenlehrer erfolgen.
CDU			x	Als CDU-Landtagsfraktion sind wir davon überzeugt, dass Themen wie Inter- und Transsexualität oder Leihmutterchaft nicht in Kindertagesstätten oder Grundschulen gehören. Die Themen würden Kinder in diesem Alter intellektuell überfordern. Die Art und Weise, wie die unterschiedlichen sexuellen Identitäten in der jetzigen Legislatur in einem Entwurf dargestellt wurden, haben wir kritisiert. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob eine Vater-Mutter-Kind-Familie was ganz Außergewöhnliches sei und sie etwas falsch gemacht hätte.
FDP		x		Zitat aus dem Wahlprogramm: "Wir werden: (...) den Landesaktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten in Schleswig-Holstein unterstützen und fortführen. (...) uns für die Vielfalt in der Schullandschaft sowie Bildungsangeboten in allen Lebenslagen und die Weiterbildung der Lehrkörper einsetzen. Projekte zur Toleranzförderung und Gewaltprävention werden wir unterstützen."
Grüne		x		Zitat aus dem Wahlprogramm: "Wir sind die Queer-Lobby (...) Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt", "Na sowas" und "HAKI" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, Schulaufklärungsprojekte im ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und Fortbildung für den Umgang mit sexueller Vielfalt zu sensibilisieren."
SPD		x		Schulen müssen Offenheit und Toleranz vermitteln.

Die „**neoemanzipatorische**“ **Sexualpädagogik**, die auch dem Methodenbuch „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (Elisabeth Tuidler) zugrunde liegt, geht von einer „kindlichen Sexualität“ aus, die von Geburt an pädagogisch aktiv zu begleiten sei. Dieser Ansatz ist wissenschaftlich umstritten. Er birgt die Gefahr, dass durch sexualpädagogische Methoden die Intimsphäre und das Schamgefühl des Kindes verletzt werden, dass das noch schlafende Interesse des Kindes an Sexualität vorzeitig geweckt wird, und Kinder zu sexueller Aktivität angeregt werden. In Kindertagesstätten und Schulen ist auf schamverletzende und sexuell stimulierende pädagogische Inhalte (in Wort, Bild und Spiel) zu verzichten.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			Über die von Ihnen beschriebenen Umstände sollten Eltern, Lehrer und Politiker aufgeklärt werden.
CDU			x	Der Lehrplan für das Fach „ Heimat-, Welt- und Sachunterricht“ sieht zum Beispiel vor, dass die Schülerinnen und Schüler bereits am Ende der Klassenstufe 3 über die körperliche und seelische Entwicklung des Menschen (Sexualität, Schwangerschaft, Geburt und Tod) informiert sein sollen. Bereits seit 1997 sind die Themen Partnerschaft und Sexualität in den Lehrplänen verankert. Allerdings sind wir der Auffassung, dass eine intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema nicht bereits in der Grundschule erfolgen sollte, sondern erst in der Sekundarstufe I.
FDP			x	Die FDP setzt sich für eine altersangemessene Aufklärung in den Schulen ein, so wie sie in den Lehrplänen des Landes Schleswig-Holstein verankert ist. Es gilt zudem die Schulpflicht. Weder ist sich dem Sexualkundeunterricht, noch dem Schwimmunterricht oder sonst einem Unterrichtsfach zu entziehen.
Grüne		x		Aus dem Wahlprogramm: "Wir werden den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für trans- und intersexuelle Menschen noch mehr öffnen, Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Schulen voranbringen, und in der Lehrer*innenaus- und fortbildung verankern."
SPD		x		Die pädagogischen Entscheidungen sollen von den geschulten Lehrkräften und nicht dem Parlament entschieden werden.